

RB113
4130 Vergütung

Stand 12.04.2024

Inhalt

1	Allgemeine Anforderungen.....	3
2	Leistungspreis / Entgelt / Minderungen	3
3	Abschlagszahlungen.....	4
4	Erstattung von Infrastrukturkosten	5
5	Abrechnung der Fahrgeldeinnahmen	8
6	Jahresschlussabrechnung	9

1 Allgemeine Anforderungen

- (1) Der Auftragnehmer erhält für die Leistungserbringung ein Entgelt.
- (2) Abrechnungszeitraum ist das jeweilige Kalenderjahr. Zeitabschnitte während der Laufzeit dieses Vertrags, die nur einen Teil eines Kalenderjahrs umfassen, werden bezogen auf den Ablauf der Abrechnung wie Kalenderjahre behandelt.
- (3) Einnahmen aus anderen Geschäftstätigkeiten des Auftragnehmers, welche in Zusammenhang mit der Verkehrsdurchführung stehen (z. B. Vermietung von Werbeflächen auf und in Fahrzeugen) verbleiben in vollem Umfang beim Auftragnehmer.

2 Leistungspreis/Entgelt/Minderungen

- (1) Maßgebend für die finanzielle Abgeltung der erbrachten Leistungen ist der für das Kalenderjahr vereinbarte spezifische Leistungspreis (in EUR pro Zugkm).
- (2) Unter „Zugkilometer“ wird das gemäß Fahrplan (Kalkulationsgrundlage: Musterfahrplan gemäß **RB113_3012_Fahrplan_mit_Kapazitäten** bzw. jährlich vereinbarter Fahrplan nach **RB113_3011_Leistungsumfang**) erbrachte Angebot ohne Leer- und Überführungsfahrten etc. verstanden.
- (3) Die Ermittlung des spezifischen Leistungspreises für das jeweilige Kalenderjahr erfolgt auf Basis der im Angebot des Auftragnehmers ausgewiesenen spezifischen Gesamtkalkulationskosten gemäß **RB113_2001_Kalkulationsschema** (Blatt1_KalkSchema–Position 12) – spezifischer Preis der Leistungserstellung unter Berücksichtigung der Vereinbarungen zur Preisfortschreibung entsprechend **RB113_2001_Kalkulationsschema** und **RB113_4140_Wertsicherungsklausel**.
- (4) Der spezifische Leistungspreis berücksichtigt keine Infrastrukturkosten und keine Fahrgeldeinnahmen. Er wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.
- (5) Das durch den Auftraggeber an den Auftragnehmer zu entrichtende Entgelt für das vertraglich vereinbarte Leistungsangebot berechnet sich aus dem spezifischen Leistungspreis nach Absatz (3) und (4) multipliziert mit den für das Kalenderjahr vereinbarten Zugkilometern. Für die Ermittlung der vereinbarten Zugkilometer des Kalenderjahres werden die bestellten Zugkilometer des betreffenden Kalenderjahres (im Zeitraum 01.01. bis zum Fahrplanwechsel im Dezember) auf 365 Kalendertage hochgerechnet.
- (6) Der Ermittlung der Zugkilometer liegt der tatsächlich realisierte Fahrplan auf Basis der zum Zeitpunkt der Angebotserstellung von der DB Netz AG

veröffentlichten Kilometrierungen (vergleiche Kilometrierung **RB113_3011_Leistungsumfang**) zugrunde.

- (7) Für Nichtleistungen nach § 10 Absatz 1 der **RB113_4000_Verkehrsvertrag** besteht kein Anspruch auf Vergütung.
- (8) Sofern Nichtleistungen durch Ersatzverkehrsleistungen ersetzt werden, werden diese entsprechend den Regelungen der **RB113_4070_Qualitätsstandards** vergütet.
- (9) Schlechtleistungen nach § 10 Absatz 2 der **RB113_4000_Verkehrsvertrag** in Verbindung mit **RB113_4070_Qualitätsstandards** mindern das in Absatz 5 definierte Entgelt.

3 Abschlagszahlungen

- (1) Bis zum 31.12. des vorherigen Kalenderjahres legt der Auftragnehmer die die monatlichen Abschläge für das Kalenderjahr auf Basis des nach Kapitel 2 Absatz (5) ermittelten vorläufigen Entgeltes vor. Bis zum 20.01. des jeweiligen Kalenderjahrs prüft der Auftraggeber die monatlichen Abschläge und legt dies fest. Der monatliche Abschlag entspricht einem Zwölftel dieses vorläufigen Entgeltes.
- (2) Bei Abrechnungszeiträumen, die kein volles Kalenderjahr umfassen, erfolgt eine auf den Abrechnungszeitraum angepasste Ermittlung der Abschläge bzw. des Abschlags.
- (3) Bei erkennbaren stärkeren Divergenzen zwischen den Abschlagszahlungen und dem tatsächlich zu zahlendem Entgelt, z. B. aufgrund unterjähriger Änderungen des Leistungsvolumens oder vereinbarter Entgeltanpassungen können unterjährige Anpassungen der Abschlagszahlungen erfolgen.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, festgestellte Abzüge vom Entgelt aufgrund von Qualitätsminderleistungen und Nichtleistungen im Rahmen der monatlichen Abschlagszahlungen in transparenter Weise vorläufig in Abzug zu bringen. Die endgültige Abrechnung erfolgt über die Jahresrechnung des Kalenderjahres.
- (5) Das finanzielle Entgelt für den laufenden Monat wird durch den Auftraggeber in monatlichen Abschlagszahlungen jeweils zum 30. eines Monats bzw. im Februar abweichend zum 28. gezahlt. Sofern der 30. des jeweiligen Monats bzw. der 28. Februar auf einen Samstag, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag im betreffenden Bundesland fällt, erfolgt die Wertstellung durch den Auftraggeber jeweils zu dem auf den vorgesehenen Zahlungstag folgenden Arbeitstag.

- (6) Die Zahlung des Abschlags bedeutet keine Abnahme der Leistung und keine Anerkennung der bis dahin vorgelegten Berichte und Nachweise. Zahlungen an den Auftragnehmer erfolgen auf dessen Kosten und Risiko.

4 Erstattung von Infrastrukturkosten

- (1) Die Infrastrukturkosten (Trassen- und Stationsentgelte) werden neben dem Entgelt je Zugkilometer erstattet und im Rahmen der Abschlagszahlung zunächst pauschal ausgeglichen. Unterjährige Anpassungen der Abschlagszahlungen sind möglich.
- (2) Die voraussichtlichen Infrastrukturkosten für die bestellten Fahrplanleistungen sind vom Auftragnehmer bis zum 15.12. eines jeden Jahres für das jeweils nächste Fahrplanjahr zu prognostizieren. Er hat dem Auftraggeber nachvollziehbar die Prognose und die einzelnen Kosten linienbezogen darzulegen. Der Auftraggeber hat das Recht, die Prognose des Auftragnehmers zu überprüfen und durch eine eigene Prognose zu ersetzen.
- (3) Die Abschläge für Infrastrukturkosten und für das Entgelt des Auftragnehmers können durch den Auftraggeber zu einem Abschlag zusammengefasst werden.
- (4) Die tatsächlich entsprechend den vertraglichen Regelungen erstattungsfähigen Infrastrukturkosten werden im Rahmen der Jahresrechnung auf Nachweis abgerechnet.
- (5) Infrastrukturkosten werden ausschließlich für vom Auftraggeber bestellte Fahrplanleistungen erstattet.
- (6) Abweichend von Absatz (3) erfolgt keine Erstattung, wenn bestellte Fahrplanleistungen ausfallen bzw. entsprechend der Anlage **RB113_4070_Qualitätsstandards** als Ausfall bewertet werden.
- (7) Infrastrukturkosten für Leerfahrten oder die Abstellung von Zügen sind in den Kosten zur Ermittlung des Entgeltes entsprechend **RB113_2001_Kalkulationsschema** zu kalkulieren. Sie werden nicht separat erstattet.
- (8) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Abrechnungen der Eisenbahninfrastrukturunternehmen zeitnah inhaltlich zu prüfen und ggf. zu beanstanden. Weiterhin wird der Auftragnehmer für die Erstellung der Jahresrechnung die Abrechnungen der Eisenbahninfrastrukturunternehmen monatlich um alle laut Verkehrsvertrag nicht erstattungsfähigen Infrastrukturkosten bereinigen. Der Nachweis der Infrastrukturkosten erfolgt monatlich, zusammen mit dem Qualitätsbericht, bis zum 15. des laufenden Monats für den Vormonat anhand einer transparenten Trassenkosten- und Stationskostenabrechnung.

Die Form der Abrechnung im Rahmen der monatlichen Statusberichte wird vor Betriebsaufnahme zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abgestimmt. Auf Anfrage ist eine zugbezogene Auswertung und die Vorlage der bereinigten Rechnungen der Eisenbahninfrastrukturunternehmens gemäß Satz 2 zu liefern.

- (9) Der Auftragnehmer muss nach Aufforderung des Auftraggebers nachweisen, dass er eigenverantwortlich alle Möglichkeiten, einschließlich der Anrufung der Regulierungsbehörden und etwaiger Rechtsmittel gegen die Eisenbahninfrastrukturunternehmen, genutzt hat, um die Infrastruktur auf die kaufmännisch günstigste Art und Weise zu nutzen. Zudem geht der Auftragnehmer auf Aufforderung des Auftraggebers außergerichtlich und gerichtlich gegen die Eisenbahninfrastrukturunternehmen vor, wenn dieser der Auffassung ist, dass die Infrastrukturbenutzungsgebühren unangemessen oder missbräuchlich ausgestaltet sind. Der Auftraggeber übernimmt die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Kosten, soweit der Auftragnehmer auf Aufforderung des Auftraggebers außergerichtlich oder gerichtlich gegen ein Eisenbahninfrastrukturunternehmen vorgeht und der Auftraggeber eine Kostenübernahme zuvor schriftlich zugesagt hat. Der Auftragnehmer hat bei der Führung von Verfahren oder Prozessen den Weisungen des Auftraggebers Folge zu leisten. Dem Auftraggeber ist auf Verlangen Prozessstandschaft einzuräumen. Wird eine unangemessene oder missbräuchliche Ausgestaltung der Infrastrukturbenutzungsgebühren rechts- oder bestandskräftig festgestellt, schuldet der Auftraggeber Trassen- und Stationsentgelte nur in der Höhe, wie sie nach angemessener und nicht missbräuchlicher Ausgestaltung der Infrastrukturbenutzungsgebühren anfallen. Darüber hinaus hat der Auftraggeber in diesem Fall gegenüber dem Auftragnehmer Anspruch auf Rückzahlung der von ihm erstatteten Infrastrukturbenutzungsentgelte, soweit diese über das rechtlich zulässige Maß hinausgingen. Dies gilt nicht, wenn und soweit der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber nachweist, dass ein Anspruch des Auftragnehmers gegenüber dem Infrastrukturunternehmen auf Erstattung der überhöht geleisteten Infrastrukturbenutzungsgebühren auch nach Inanspruchnahme aller ihm zur Verfügung stehenden außergerichtlichen und gerichtlichen Möglichkeiten ausgeschlossen ist.
- (10) Die Regelungen des Absatzes (11) Sätze 2 bis 5 gelten bei aus Sicht des Auftraggebers unangemessenen oder missbräuchlichen Nutzungsbedingungen oder unbilligen Behinderungen des Infrastrukturunternehmens entsprechend.
- (11) Die Verhandlungen mit den Eisenbahninfrastrukturunternehmen über die Nutzung der Infrastruktur führt der Auftragnehmer solange eigenverantwortlich, wie der Auftraggeber nicht gegenüber dem Auftragnehmer erklärt, diese Verhandlungen führen zu wollen. Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich über den jeweiligen Stand der Verhandlungen. Dem Auftraggeber ist es gestattet, an Verhandlungen zwischen dem

Auftragnehmer und dem Infrastrukturbetreiber teilzunehmen. Dies gilt insbesondere bei Trassenkonfliktgesprächen und bei der Abstimmung des Betriebsprogramms bei Baumaßnahmen. Der Auftraggeber entscheidet, ob das Erfordernis besteht, die strittige Trasse im Meistbietverfahren zu übernehmen; er legt das weitere Vorgehen zwischen EIU und Auftragnehmer fest. Der Auftragnehmer schließt die notwendigen Infrastrukturnutzungsverträge ab und überlässt dem Auftraggeber eine Kopie der mit den Infrastrukturbetreibern geschlossenen Infrastrukturnutzungsverträge einschließlich ggf. erfolgreicher Fortschreibungen. Die Verträge des Auftragnehmers über die Nutzung der Infrastruktur sind mit jährlicher Kündigungsmöglichkeit auszugestalten. Davon ausgenommen ist der Anschluss von Rahmenverträgen mit dem EIU gemäß **RB113_3010_Betriebskonzept**, Kapitel 1.2.3 (1), die andere Kündigungsregelungen aufweisen. Die Verträge über die Nutzung der Infrastruktur sind auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen. Veränderungen der Infrastruktur, für die der Auftragnehmer vorab seine Zustimmung erklären muss, bedürfen ebenfalls der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Ein Änderungsverlangen des Infrastrukturunternehmens ist dem Auftraggeber unverzüglich nach Zugang beim Auftragnehmer vorzulegen. Erfüllt der Auftragnehmer die aus den beiden vorangegangenen Sätzen hervorgehenden Pflichten nicht, ist dem Auftraggeber der daraus entstehende Schaden zu ersetzen. Alle sich für den Auftraggeber aus den Richtlinien Nr. 2001/12/EG, 2001/14/EG und 91/440/EWG (und weiter folgende, ändernde Rechtsakte) in der jeweils geltenden Fassung und der Umsetzung derselben in nationales Recht ergebenden Rechte bleiben vorbehalten und können auch im Rahmen dieses Vertrages geltend gemacht werden.

- (12) Der Auftraggeber hat das Recht, unmittelbar mit den Eisenbahninfrastrukturunternehmen die zur Erbringung der Verkehrsleistungen notwendige Trassen- und Stationsnutzung zu vereinbaren. Der Auftraggeber kündigt dies mindestens drei Monate vor Anmeldeschluss eines Jahresfahrplans an. Soweit der Auftraggeber von diesem Recht Gebrauch macht, hat der Auftragnehmer seine Vereinbarungen mit den Eisenbahninfrastrukturbetreibern anzupassen oder zu kündigen. Der Auftraggeber gewährleistet, dass die von ihm vereinbarte Trassen- und Stationsnutzung alle Belange des Auftragnehmers (z. B. vorhandene Fahrzeuge und Betriebsverfahren, Bereitstellung von Fahrplanunterlagen, Übermittlung von Betriebsdaten etc.) berücksichtigt.
- (13) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber entsprechend auf dessen Wunsch hin zur Vornahme folgender Handlungen bevollmächtigen:
- Verhandlungen mit den Eisenbahninfrastrukturunternehmen zur Trassenvergabe und zur Bestellung von Stationshalten,
 - Rügen von Qualitätsmängeln an der Infrastruktur,
 - Abstimmung von Betriebsprogrammen bei Baumaßnahmen,
 - Stellungnahmen zu Änderungen der Eisenbahninfrastruktur,
 - Prozessführungsbefugnis in den vorgenannten Angelegenheiten

gegenüber den EIU.

Die Bevollmächtigung entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner Pflicht zur Selbstvornahme vorgenannter Handlungen und begründet kein Auftragsverhältnis zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber. Auf die weitergehenden Regelungen in der Anlage **RB113_4020_Planungskalender** wird verwiesen.

5 Abrechnung der Fahrgeldeinnahmen

- (1) Für die zu erwartenden Fahrgeldeinnahmen wird für das laufende Kalenderjahr ein vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zu zahlender monatlicher Abschlag festgelegt. Der Auftragnehmer übermittelt dem Auftraggeber eine entsprechende tarifgenaue Prognoserechnung bis zum 30.09. des Vorjahres. Unterjährige Korrekturen der Abschlagsbeträge sind zulässig.
- (2) Die Abschlagsbeträge für die Fahrgeldeinnahmen können vom Auftraggeber im Rahmen der monatlichen Abschlagszahlungen an den Auftragnehmer in Abzug gebracht werden.
- (3) Die Abrechnung der Fahrgeldeinnahmen erfolgt unabhängig von der Jahresrechnung nach Kapitel 6. Ansprüche des Auftragnehmers aus dem Anreizsystems werden im Rahmen der Abrechnung der Fahrgeldeinnahmen berücksichtigt.
- (4) Im gegenseitigen Einvernehmen können von den Absätzen (1) bis (3) auch für einzelne Tarife abweichende Verfahrensweisen, z. B. monatliche Durchreichung der Erlösansprüche vereinbart werden.
- (5) Zur Vereinfachung der Zahlungsflüsse können alle Forderungen aus den Fahrgeldeinnahmen im Rahmen der Abschlagszahlungen in transparenter Weise verrechnet werden.
- (6) Im Übrigen gelten die Regelungen gemäß **RB113_3090_Einnahmen und Einnahmeaufteilung**.

6 Jahresschlussabrechnung

- (1) Nach Vorlage und Lieferung
 1. der abgestimmten Rechnungen der Infrastrukturgesellschaften über die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur (durchlaufende Infrastrukturkosten) und
 2. aller täglich, monatlich oder jährlich zu leistenden Qualitäts- und

Leistungsberichte

wird vom Auftragnehmer bis zum 31.03. eines Folgejahrs die Jahresschlussabrechnung für das abgelaufene Kalenderjahr erstellt und dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt.

- (2) Die Jahresschlussabrechnung beinhaltet alle abrechnungsrelevanten Daten bzw. Informationen und muss transparent aufbereitet werden.
- (3) Der Auftraggeber prüft die Jahresschlussabrechnung innerhalb von sechs Monaten nach Eingang mit allen in Abs. (1) genannten Dokumenten. Berechtigten Beanstandungen geht der Auftragnehmer innerhalb von zwei Wochen nach und sorgt für unverzügliche Aufklärung. Der Lauf der Prüffrist nach Abs. (1) ist für die Zeit ab Eingang einer Beanstandung oder Frage zur Jahresschlussabrechnung beim Auftragnehmer bis zur Beantwortung durch den Auftragnehmer gegenüber dem Aufgabenträger gehemmt. Kann innerhalb einer angemessenen Frist, längstens jedoch innerhalb von drei Monaten ab Eingang einer Beanstandung oder Frage beim Auftragnehmer keine Aufklärung erlangt werden, so ist der Aufgabenträger berechtigt, einen vorläufigen Ausgleich für das Abrechnungsjahr auf Grundlage der ihnen vorliegenden Unterlagen zu verlangen.
- (4) Ausstehende Zahlungen der Jahresschlussabrechnung bzw. des vorläufigen Ausgleichs nach Abs. (3) Satz 4 werden mit der übernächsten Abschlagsrechnung nach Abnahme der Jahresschlussabrechnung bzw. einem Verlangen des Aufgabenträgers nach einem vorläufigen Ausgleich durch den Aufgabenträger verrechnet. Sofern keine Abschlagszahlungen mehr zu leisten sind, erfolgt der Ausgleich als Zahlung innerhalb von zwei Monaten nach Abnahme der Jahresschlussabrechnung bzw. dem Verlangen des Aufgabenträgers nach einem vorläufigen Ausgleich.